

Schule muss Menschen unterschiedlicher Herkunft auf das Leben in einer Demokratie vorbereiten.



Die Schule ist ein zentraler Ort der **demokratischen Bildung** – welchen Beitrag kann sie leisten, und wo gibt es in Deutschland derzeit Defizite?

Von **Annette Scheunflug** und **Louise Ohlig**

In der Schule sollen die grundlegenden Kompetenzen für die Teilhabe an einer Gesellschaft vermittelt werden. Dabei sind vor allem Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften von hoher Bedeutung. Nicht zu unterschätzen ist aber auch, ob und in welcher Form die Schule die für eine Gesellschaft grundlegenden Werte, Überzeugungen und Wissensbestände hinsichtlich des gesellschaftlichen Zusammenlebens vermittelt. In jedem Staat dieser Welt gibt es Schulen, Demokratie aber gibt es in vielen Staaten nicht. Es ist also nicht automatisch gegeben, dass die Institution Schule zum Leben in einer Demokratie befähigt. Was sollten Schulen tun, um auf das Leben in einer Demokratie vorzubereiten, und wie ist es diesbezüglich um die schulische Bildung in Deutschland bestellt?

Demokratie ist eine voraussetzungsreiche Gesellschaftsform. Sie bedarf der Öffentlichkeit, der Transparenz, der Beteiligung und der Möglichkeit der Meinungsbildung. Demokratie beruht nicht nur auf repräsentativen Verfahren, sondern auch auf einem demokratischen Ethos, das sich in der Form gemeinsamen Handelns zeigt: diskutierend, gewaltfrei einander zuhörend Kompromisse zu suchen, sich gegenseitig achtend aufeinander zuzugehen und nicht zu lügen. Jürgen Habermas spricht deshalb davon, dass die Demokratie eingebettet sein muss in ein Ensemble „entgegenkommender Lebensformen“. Die Schule ist – neben der Familie, der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung und weiteren Formen der Zivilgesellschaft – der Ort, an dem es gilt, die

Demokratie lernen

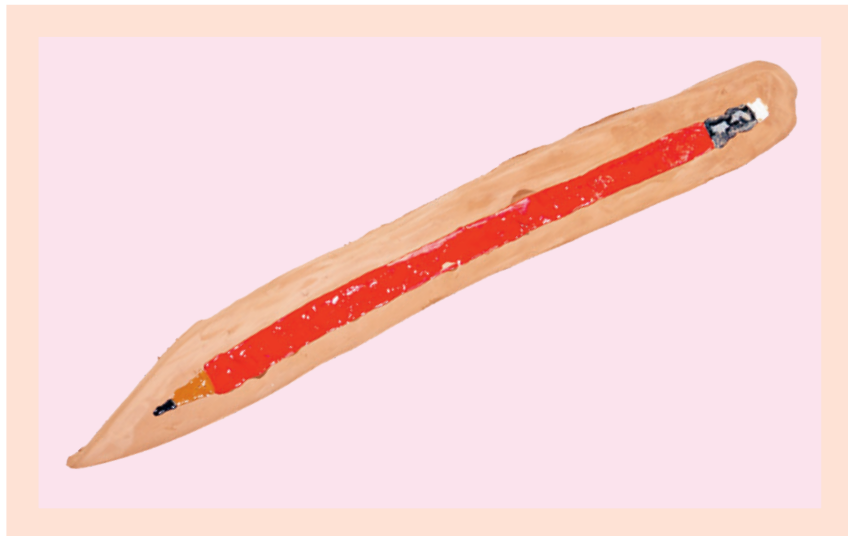
Grundlagen für demokratische Formen des Zusammenlebens zu legen und demokratiebezogene Kompetenzen einzuüben. Die Demokratie ist auf mündige Bürgerinnen und Bürger angewiesen, und die Schule ist einer der zentralen Orte, an denen sich Mündigkeit erlangen lässt.

Demokratiebezogene Bildung in der Schule

Entsprechend ist die Aufgabe von Schule doppelt zu sehen: Die Schule ist einerseits selbst eine Stätte, in der die in einer Demokratie grundlegenden Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit und Repräsentativität gelten und angewandt werden. Die Schule ist deshalb über Gesetze, die Verfassungstreue der in ihr agierenden Lehrpersonen sowie Bildungs- und Lehrpläne in eine Rechtsordnung eingebettet. In Deutschland ermöglicht die Schule im durch die Verfassung gesteckten Rahmen Meinungsfreiheit – z. B. durch Schulzeitschriften oder eine schulöffentliche Debattenkultur. Sie eröffnet Möglichkeiten der Mitwirkung an der Gestaltung der Schule, etwa durch auf Repräsentativität beruhenden Wahlen von Sprecherinnen und Sprechern aus der Schüler- und Elternschaft.

Die Schule ist zum Zweiten der Ort, an dem demokratiebezogene Kompetenzen erworben werden. Hier sollten das für das Verständnis einer Demokratie notwendige Wissen und die

Es ist nicht automatisch gegeben, dass die Institution Schule zum Leben in einer Demokratie befähigt.



entsprechenden Kompetenzen erworben werden, wie die Entwicklung einer eigenen Meinung und die Ausprägung von Urteilsfähigkeit in politischen Fragen, die Übernahme von Perspektiven anderer, die Entwicklung von Verantwortung für das Gemeinwesen, die Fähigkeit zum Umgang mit konfligierenden Zielperspektiven und die Bereitschaft und Fähigkeit zum Kompromiss. Für die Einübung dieser Kompetenzen ist die Schule als demokratische Organisation im oben genannten Sinne eine bedeutsame Arena, aber darüber hinaus ergeben sich in vielen Unterrichtssituationen sowie im Schulleben generell (z. B. über Streitschlichterprogramme) vielfältige Möglichkeiten der Einübung.

Empirische Befunde

Während die PISA-Studie auch in der allgemeinen Öffentlichkeit intensiv diskutiert wird, erlangen die Ergebnisse der „International Civic and Citizenship Education Study“ (ICCS), einer internationalen Vergleichsstudie zur politischen Bildung, vergleichsweise weniger Aufmerksamkeit. Aus Deutschland nehmen an der Studie nur Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein teil; die Ergebnisse sind also für diese Bundesländer, nicht aber für ganz Deutschland repräsentativ. Im Folgenden werden aus der jüngsten, im November 2023 veröffentlichten Studie die für Deutschland wichtigsten Ergebnisse referiert.

Die deutschen Schüler und Schülerinnen haben weder Selbstvertrauen, sich gesellschaftlich zu engagieren, noch sehen sie dazu die Möglichkeiten.

Die Schülerinnen und Schüler aus Deutschland zeigen in den Tests im internationalen Vergleich ein leicht überdurchschnittliches Niveau politischen Wissens. Die Kompetenzstufe A wurde in Nordrhein-Westfalen von 36 % und in Schleswig-Holstein von 45 % der Kinder und Jugendlichen erreicht. Dies ist mehr als im Mittel der europäischen Vergleichsgruppe, aber deutlich weniger als in Schweden. Insbesondere Wissensfragen zur Nachhaltigkeit werden im

Vergleich statistisch signifikant häufiger richtig beantwortet. Das Interesse an politischen Fragen ist ausgeprägter als im europäischen Vergleich. Mehr als 80 % der Schülerinnen und Schüler in beiden Bundesländern halten die Demokratie für die beste Regierungsform, und knapp drei Viertel sagen, dass das deutsche politische System gut funktioniert. Dies sind ebenfalls deutlich mehr als im europäischen Vergleich. Gegenüber Migrantinnen und Migranten zeigen die Befragten durchschnittlich eine hohe Toleranz. Rund 90 % und damit fast 10 Prozentpunkte mehr als im Durchschnitt der weiteren teilnehmenden Staaten äußerten sich z. B. positiv gegenüber einem Wahlrecht für schon mehrere Jahre in Deutschland lebende Menschen mit Migrationshintergrund. Zudem scheinen sie sensibler für Diskriminierungen zu sein als im europäischen Durchschnitt.

Diesen positiven Ergebnissen stehen allerdings mehrere bedenkliche Trends gegenüber. Zum einen wiederholt sich der bereits aus der PISA-Studie bekannte Befund der hohen Chancenungleichheit. Im internationalen Vergleich ist auch der Zusammenhang zwischen dem sozio-ökonomischen Status und dem Erwerb politischen Wissens ungewöhnlich eng. Zudem spielen im internationalen Vergleich die Eltern eine größere Rolle bei der Vermittlung politischen Wissens, als das in anderen Ländern der Fall ist.

Zweitens zeigen Schülerinnen und Schüler der deutschen Stichprobe eine unterdurchschnittliche Selbstwirksamkeitserwartung im Hinblick auf politische Partizipation. Sie haben weder Selbstvertrauen, sich gesellschaftlich zu engagieren, noch sehen sie dazu die Möglichkeiten. Nur 55 % der Befragten in Nordrhein-Westfalen und 63 % in Schleswig-Holstein gaben 2022 an, dass sie glauben, z. B. über ihre Klassensprecherinnen und -sprecher einen Einfluss auf die ganze Schule betreffende Entscheidungen zu haben. Die Bereitschaft, sich politisch – sei es in Parteien, sei es zivilgesellschaftlich – zu engagieren, liegt bei den befragten deutschen Schülerinnen und Schülern deutlich unter dem internationalen Durchschnitt. Gleichzeitig wollen sie seltener an der Wahl zum nationalen Parlament teilnehmen als im europäischen Durchschnitt. Weniger als

Politische Bildung in der Schule – Die ICCS-Studie

W. Schulz, J. Ainley, J. Frailton, B. Losito, G. Agrusti, V. Damiani und T. Friedman, Education for Citizenship in Times of Global Challenge: IEA International Civic and Citizenship Education Study 2022, International Report, Amsterdam 2023.

H. J. Abs, K. Hahn-Laudenberg, D. Deimel und J. F. Ziemes, Schulische Sozialisation und politische Bildung von 14-Jährigen im internationalen Vergleich, Waxmann 2024.

die Hälfte der Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen (45 %) und Schleswig-Holstein (41 %) glaubt, dass Abgeordnete die Interessen junger Menschen gut vertreten.

Der dritte bedenkliche Befund liegt in der Delegation von Verantwortlichkeit im Hinblick auf die Bewältigung von Zukunftsproblemen. Trotz des höheren Wissens geben nur fünf von zehn Befragten an, in ihrem Verhalten regelmäßig Umweltaspekte zu berücksichtigen. Gleichzeitig liegt das berichtete Verhalten zum Umweltschutz von Schülerinnen und Schülern aus Nordrhein-Westfalen unter dem ICCS-Durchschnitt.

Fazit

Zusammenfassend kann man die Befunde folgendermaßen zuspitzen: Während es in beiden Bundesländern überdurchschnittlich gelingt, Wissen zur Demokratie zu vermitteln, bleiben die Möglichkeiten der Partizipation unterdurchschnittlich. Zudem trauen sich Schülerinnen

und Schüler in Deutschland offensichtlich weniger häufig ein eigenes Engagement zu, und sie verändern ihr Verhalten weniger häufig, als dies ihre Mitschülerinnen und Mitschüler anderer europäischer Länder tun, gerade hinsichtlich eines nachhaltigen Lebensstils. Zudem ist der enge Zusammenhang zwischen der politischen Bildung und dem familiären sozio-ökonomischen Status besonders auffällig.

Was bleibt zu tun?

Damit wird deutlich: Auch im Bereich der politischen Bildung und der demokratiebezogenen Kompetenzen sind in der Schule weitere Anstrengungen nötig. Zum einen muss sich die Schule auf diesem Feld insgesamt stärker einbringen, vor allem dort, wo mehr Schülerinnen und Schülern einen niedrigen sozio-ökonomischen Status haben. Zweitens sollte die Schule mehr Partizipationsmöglichkeiten eröffnen und die Selbstwirksamkeitserwartung von Schülerinnen und Schülern im politischen Feld unterstützen. Drittens sind Zukunftsthemen stärker in den Mittelpunkt zu stellen. Zudem wäre eine verbreitetere Datenbasis wünschenswert, die für alle Bundesländer repräsentativ ist und weitere für die politische Bildung wichtige Kompetenzen mit in den Blick nimmt, etwa im Bereich Argumentation.

Prof. Dr. Annette Scheunpflug

hat den Lehrstuhl für Allgemeine Pädagogik an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg inne und ist Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften.

Louise Ohlig

promoviert am Lehrstuhl für Allgemeine Pädagogik der Otto-Friedrich-Universität Bamberg zur auswärtigen Förderung demokratiebezogener Bildung in Staaten des globalen Südens. Sie ist Stipendiatin der Studienstiftung des Deutschen Volkes.

